

Inhaltsverzeichnis

Vwort	3
Abkürzungsverzeichnis	11
Teil I: Das gemeinschaftsrechtliche Konzept der Unionsbürgerschaft	15
1. Die Entwicklung des Konzepts der Unionsbürgerschaft	15
1.1. Erste Schritte von einem „Europa der Wirtschaft“ zu einem „Europa der Bürger“	15
1.2. Der Richtlinienvorschlag von 1979	17
1.3. Der Spinelli-Entwurf	18
1.4. Die Berichte des Ad-hoc-Ausschusses für das Europa der Bürger	19
1.5. Die Einheitliche Europäische Akte	20
1.6. Der Erlass der drei Aufenthaltsrichtlinien	21
1.7. Die Verankerung des allgemeinen Freizügigkeitsrechts als Element der „Unionsbürgerschaft“ im Vertrag von Maastricht	22
2. Das Recht auf Freizügigkeit als zentrales Element der Unionsbürgerschaft	28
2.1. Gegenstand des Bewegungs- und Aufenthaltsrechts	28
2.2. Schranken des Bewegungs- und Aufenthaltsrechts	30
2.3. Durchführungsbestimmungen	30
2.4. Rechtswirkungen	31
2.5. Schutzzumfang des Art 18 Abs 1 EGV	33
2.6. Verhältnis zu anderen Freizügigkeitsbestimmungen	34
3. Die Unionsbürgerrichtlinie RL 2004/38/EG	36
3.1. Zweck der Richtlinie	36
3.2. Begünstigte	38
3.3. Rechte der Unionsbürger	41
3.3.1. Recht auf Aus- und Einreise	41
3.3.2. Recht auf Aufenthalt	42
3.3.3. Recht auf Daueraufenthalt	48
3.4. Diskriminierungsschutz	50
3.5. Beschränkung des Einreise- und Aufenthaltsrechts	53
3.6. Günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften und Sanktionen	56
Teil II:	
Die Umsetzung der Unionsbürgerrichtlinie im NAG, FPG und AuslBG	57
1. Die Entwicklung des Fremdenrechts in Österreich	57

1.1. Historischer Rückblick	57
1.2. Fremdengesetz und Aufenthaltsgesetz	58
1.3. Das Fremdengesetz 1997	59
1.4. Das Fremdenrechtspaket 2005.....	61
2. Ausgewählte Bestimmungen aus dem NAG	63
2.1. Das Niederlassungsrecht der EWR-Bürger (§ 51 NAG).....	63
2.2. Das Niederlassungsrecht der Angehörigen von EWR-Bürgern, die selbst EWR-Bürger sind (§ 52 NAG).....	65
2.3. Die Anmeldebescheinigung (§ 53 NAG)	66
2.4. Das Niederlassungsrecht der Angehörigen von EWR-Bürgern, die selbst nicht EWR-Bürger sind (§§ 54 und 56 NAG).....	68
2.5. Fehlen des Niederlassungsrechts (§ 55 NAG).....	70
3. Ausgewählte Bestimmungen aus dem FPG.....	71
3.1. EWR-Bürger und Schweizer Bürger (§ 84 FPG).....	71
3.2. Begünstigte Drittstaatsangehörige (§ 85 FPG)	71
3.3. Sonderbestimmungen für den Entzug der Aufenthaltsberechtigung (§ 86 FPG)	72
3.3.1. Entzug der Aufenthaltsberechtigung (Abs 1)	72
3.3.2. Ausweisung gemeinschaftsrechtlich Begünstigter (Abs 2)	74
3.3.3. Ausweisungsaufschub (Abs 3)	74
3.3.4. Zurückweisung gemeinschaftsrechtlich Begünstigter (Abs 4 und 5)	75
3.3.5. Rechtsbehelfe.....	76
3.3.6. Fallbeispiel: Grundsätzlicher Zugang des UVS zur Anwendung des § 86 Abs 1 FPG	76
3.3.7. Anwendungsausschluss des § 86 Abs 6 FPG	79
3.4. Familienangehörige von nicht freizügigkeitsberechtigten EWR-Bürgern, Schweizern und Österreichern (§ 87 FPG).....	80
4. Ausgewählte Bestimmungen aus dem AuslBG.....	80
4.1. Allgemeines	80
4.2. Die Übergangsregelungen für die MOEL nach der Beitrittsakte von Athen.....	82
4.3. Die Rechtsstellung der „neuen“ EU-Bürger nach § 32a AuslBG	83
 Teil III:	
Verfassungsrechtliche Problemstellungen der geltenden Rechtslage.....	89
1. Fragestellung.....	89
2. Das Unterscheidungskriterium „Recht auf Freizügigkeit“	90
2.1. Die Entstehungsgeschichte	91

2.2. Der offene Wortlaut.....	95
2.3. Die Absicht des Gesetzgebers	97
2.4. Systematische Erwägungen	102
3. Das Tatbestandselement „begleiten oder nachziehen“	104
4. Schlussfolgerungen.....	106
4.1. Bestimmtheitsgebot nach Art 18 B-VG.....	106
4.2. Das Problem der Inländerdiskriminierung	108
4.2.1. Gemeinschaftsrechtliche Zulässigkeit der Inländerdiskriminierung	109
4.2.2. Inländerdiskriminierung und der verfassungsrechtliche Gleichheitssatz	109
4.2.3. Verstoß gegen das BVG über die Beseitigung rassistischer Diskriminierung?	111
4.2.4. Verstoß gegen Art 14 EMRK?	114
4.2.5. VfGH: Inländerdiskriminierung gerechtfertigt	116
Teil IV: Staatstheoretische Problemstellungen zur Unionsbürgerschaft.....	119
1. Die rechtstheoretische Natur der Unionsbürgerschaft	119
1.1. Allgemeines	119
1.2. Die Grundzüge der nationalen Staatsangehörigkeit	120
1.2.1. Funktion und Bedeutung der Staatsangehörigkeit	120
1.2.2. Grundmerkmale der Staatsangehörigkeit.....	122
1.3. Die Anwendung der Staatsangehörigkeitsmerkmale auf die Unionsbürgerschaft	124
1.4. Die Problematik der Anwendung der herkömmlichen Kategorien für Staatsangehörigkeitsbeziehungen auf die Unionsbürgerschaft.....	128
1.5. Angehörigkeitsbeziehungen in föderalen Ordnungen.....	132
1.5.1. Der Begriff des Föderalismus und die Vielfalt föderalistischer Organisationsformen.....	132
1.5.2. Bundesangehörigkeit und positivrechtliche Ausgestaltung	134
1.5.3. Die untrennbare Verknüpfung zwischen Gliedstaatsangehörigkeit und Bundesangehörigkeit.....	135
1.5.4. Die zwei Dimensionen der Bundesangehörigkeit.....	139
1.5.5. Die horizontale Dimension der Unionsbürgerschaft.....	140
1.5.5.1. Allgemeines.....	140
1.5.5.2. Das gemeinsame Indigenat des Norddeutschen Bundes im Vergleich zur Unionsbürgerschaft	142
1.5.6. Die vertikale Dimension der Unionsbürgerschaft	144
1.5.6.1. Das Wahlrecht zum Europäischen Parlament	144
1.5.6.2. Unionsbürgerschaft und Wahlrechtsgleichheit.....	146

1.6. Resümee	148
2. Unionsbürgerschaft, Legitimation und Demokratie	150
2.1. Allgemeines	150
2.2. Die zweifach begründete demokratische Legitimation der Europäischen Union	150
2.3. Die Stärkung der unmittelbaren demokratischen Legitimation der EU durch die Institutionalisierung der Unionsbürgerschaft	152
2.3.1. Ist die Europäische Union überhaupt demokratiefähig?	152
2.3.2. Die Unionsbürgerschaft als zentraler Ansatzpunkt zur Entwicklung einer unionsgerechten Demokratietheorie	154
2.3.3. Die Bedeutung der Unionsbürgerschaft für die Stärkung des Europäischen Parlaments als Repräsentationsorgan	155
2.4. Die mittelbare demokratische Legitimation der EU: Ist das Abstellen auf die doppelte Mehrheit im Rat wirklich demokratisch?	160
2.5. Resümee	163
Schlusswort	165
Anhang	173
Literaturverzeichnis	185